

VOLKSBLATT | **SPLITTER**

Weiter auf Konfrontationskurs

BERLIN - Eine Rückkehr von Regierung und Opposition an den Verhandlungstisch für das Zuwanderungsgesetz wird immer unwahrscheinlicher. Die Union wies am Dienstag ein Ultimatum der Grünen zurück und beharrte auf ihrer Forderung nach schärferen Sicherheitsgesetzen. Die SPD will weiter versuchen, die Grünen zum Einlenken zu bewegen und eine Koalitionskrise abzuwenden. Allerdings gab es auch in den Reihen der Sozialdemokraten erste Tendenzen zu einem Abbruch der Gespräche im Vermittlungsausschuss. Die Spitzengremien der Grünen hatten die Zuwanderungsverhandlungen am Montag für gescheitert erklärt und einen Ausstieg für den Fall angekündigt, dass sich die Union bis zum Wochenende nicht zu einem deutlichen Entgegenkommen bereit erklärt. Am Freitag beraten die Koalitionsspitzen über das Thema, am Samstag stimmt der Länderrat der Grünen über den Abbruch der Verhandlungen ab. Die Parteispitze erhielt am Dienstag Rückendeckung von mehreren Landesverbänden für ihre Haltung. (AP)

Türkisches Parlament berät

ANKARA - Das türkische Parlament berät seit Dienstag über eine Reihe von Verfassungsänderungen; die Voraussetzung für Beitrittsverhandlungen mit der EU sind. Es geht um die Novellierung von zehn Artikeln in den Bereichen Justiz und Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die regierende AKP von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan wird bei den Gesetzesänderungen von der Opposition unterstützt. Eine zweite Lesung ist für Freitag geplant, bei der anschließenden Abstimmung wird mit der erforderlichen Mehrheit von 367 der 550 Abgeordneten gerechnet. Eine der zentralen Neuerungen ist die geplante Abschaffung der berüchtigten staatlichen Sicherheitsgerichte, die vor allem für Terrorismusprozesse zuständig sind und von Menschenrechtlern scharf kritisiert werden. Darüber hinaus sollen künftig internationale Verträge türkischem Recht übergeordnet sein. (AP)

Amtszeiten-Rekord

ROM - Mit 1060 Tagen an der Macht bricht die Regierung von Ministerpräsident Silvio Berlusconi heute den Rekord für die längste Amtszeit im Italien der Nachkriegszeit. Berlusconi konservative Koalition schloss am Dienstag mit dem bisherigen Rekordhalter auf, der sozialistischen Regierung unter Bettino Craxi von 1983 bis 1986. Seit der Gründung der Republik Italien 1946 hatte Italien 59 Regierungen.

Die kürzeste Regierungszeit - lediglich zehn Tage - verzeichnete ein Kabinett unter Giulio Andreotti 1972. (AP)

Beschränkter Abzug

Scharon will israelischen Abzug auf wenige Siedlungen beschränken

JERUSALEM - Nach der Abstimmungsniederlage will der israelische Regierungschef Ariel Scharon den Rückzug aus den Palästinensergebieten beschränken. Nach Medienberichten sollen dabei nur noch drei jüdische Siedlungen im Gazastreifen und zwei im Westjordanland geräumt werden.

Dies entspräche nur noch einem Fünftel des Plans, gegen den Scharons Likud-Partei am Wochenende votiert hatte. Dafür erhoffte sich der Ministerpräsident eine Mehrheit in dem von ihm geführten rechtsgerichteten Kabinett und im Parlament, schrieb die Zeitung «Haaretz» am Dienstag. Die Minister hätten jedoch skeptisch auf den Alternativplan reagiert, berichtete die Zeitung weiter. Sie hätten kritisiert, es handle sich um einen einseitigen Schritt, der den Palästinensern keine Gegenleistungen abverlange.

Lange Parlamentssitzung

Vor einer zweitägigen Parlamentssitzung traf Scharon mit seinem Justizminister Tommy Lapid von der bürgerlichen Schinui-Partei und Oppositionsführer Schimon Peres von der Arbeitspartei zusammen. Nach einer am Dienstag veröffentlichten Meinungsumfrage sind 62 Prozent der Israelis für Scharons bisherigen Abzugsplan,



Auch der Palästinensische Premierminister Qurela (links) und Belling Leader der Israelischen Yahad Partei unterhielten sich über den Alternativplan von Sharon.

32 Prozent dagegen. Auch das Nahost-Quartett aus UNO, USA, EU und Russland beriet am Dienstag in New York über den israelisch-palästinensischen Konflikt.

An der Sitzung nahmen US-Aussenminister Colin Powell, sein russischer Kollege Sergej Lawrow, UNO-Generalsekretär Kofi Annan

und der EU-Aussenbeauftragte Javier Solana teil. Nach Angaben aus US-Kreisen wollte das Quartett bei dem Treffen eine Erklärung verabschieden. Darin sollen von Israelis wie Palästinensern Fortschritte bei der Umsetzung der «Roadmap» verlangt werden. Durch den Kurswechsel von US-Präsident George

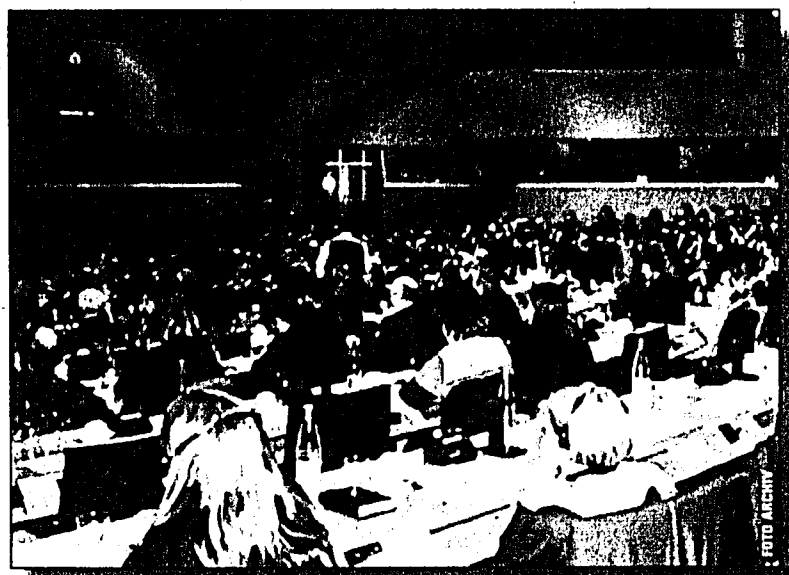
W. Bush, der sich vor zwei Wochen demonstrativ hinter Scharons einseitigen Trennungsplan gestellt hatte, wurde dieser Friedensfahrplan zum Teil in Frage gestellt. In einem ungewöhnlichen Aufruf zu einem Kurswechsel stellten sich US-Diplomaten gegen die Nahost-Politik von Bush. (sda)

Zone des Friedens und Fortschritts aufbauen

EU gibt gut 1,2 Milliarden Euro für Kooperation am Mittelmeer

BRÜSSEL - Einen Tag vor Beginn der Mittelmeerkonferenz in Dublin hat die EU-Kommission für die Kooperation mit den Ländern der Region insgesamt 1,243 Milliarden Euro für 2005 und 2006 freigegeben.

Dies belege, dass die EU trotz negativer Auswirkungen des ins Stocken geratenen Friedensprozesses ihre Unterstützung für die Region fortsetzen wolle, teilte die Behörde am Dienstag mit. «Wir halten an unserem Bestreben fest, im Mittelmeer-Raum eine gemeinsame Zone des Friedens, des Wohlstandes und des Fortschritts aufzubauen», sagte EU-Aussenkommissar Chris Patten. Die Terroranschlä-



Das EU-Parlament unterstützt das Bestreben, im Mittelmeer-Raum eine Zone des Friedens, des Wohlstandes und des Fortschritts aufzubauen.

ge von Casablanca, Istanbul und Madrid stärken nach Auffassung der Kommission die Bedeutung der im Herbst 1995 in Barcelona begonnenen Zusammenarbeit mit den Mittelmeer-Ländern. So gehört zum «Barcelona-Prozess» neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch die Kooperation bei sicherheitspolitischen Fragen. Bei der zweitägigen Konferenz in Dublin soll deshalb auch über die vom EU-Aussenbeauftragten Javier Solana ausgearbeitete EU-Sicherheitsstrategie und über eine verstärkte Kooperation diskutiert werden. Neben der EU verfolgen auch die USA und die NATO-Pläne für eine stärkere Zusammenarbeit mit dieser Region. (sda)

ANZEIGE

VOLKSCARD
 GÜNSTIGER WERTE
 Politik - Wirtschaft - Sport - Kultur
 bei uns ist alles im Preis inbegriffen.
 Jetzt das
VOLKSBLATT
 abonnieren!
 13 Monate für
 CHF 209.- (FL)
 CHF 299.- (CH) inkl.
VOLKSCARD
 Anrufen und bestellen 237 51 41
 Profitieren Sie als
 -Abonnent
 von Vorzugspreisen

Weitere Konsequenzen Haftbedingungen im Irak verbessern

WASHINGTON/BAGDAD - Die US-Militärführung hat nach den massiven Vorwürfen über Misshandlungen irakischer Gefangener weitere Konsequenzen gezogen.

So sollen die Haftbedingungen im Irak verbessert und Strafmaßnahmen wie Schlafentzug gestoppt werden. Bereits am Dienstagmittag wurden rund 240 Gefangene aus dem berüchtigten Gefängnis Abu Ghoreib auf freien Fuss gesetzt. In dem Gefängnis befinden sich mehrere tausend so genannte «Sicherheits-Häftlinge», einige von ihnen seit Beginn des Irak-Krieges im März vergangenen Jahres. US-Präsident George W. Bush forderte

vom Pentagon umfassende Aufklärung. Bush wolle so rasch wie möglich wissen, ob es sich um eine systematische Vorgehensweise oder um das Vergehen Einzelner handle, sagte ein Regierungsvertreter am Montag (Ortszeit) in Washington. Nach Angaben seines Sprechers Scott McClellan wollte Bush im Gespräch mit Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sicherstellen, dass «gegen die Verantwortlichen der schrecklichen und schändlichen Taten angemessene Massnahmen ergriffen werden». Gegen sieben Offiziere wurden bisher disziplinarische Schritte eingeleitet. Sechs Militärpolizisten sind wegen der Misshandlungen angeklagt. (sda)

++++ Zu guter Letzt...++++

Gute Sammel-Moral

BREGENZ - 12 100 Tonnen Glas sind im vergangenen Jahr in Vorarlberg gesammelt worden. Dies sind 500 Tonnen mehr als im Vorjahr, wie die Austria Glas

Recycling (AGR) am Dienstag mitteilte. Mit 30,8 Kilogramm pro Kopf liegen die Vorarlberger Haushalte damit deutlich über dem österreichischen Durchschnitt von 23,1 Kilogramm. (sda)

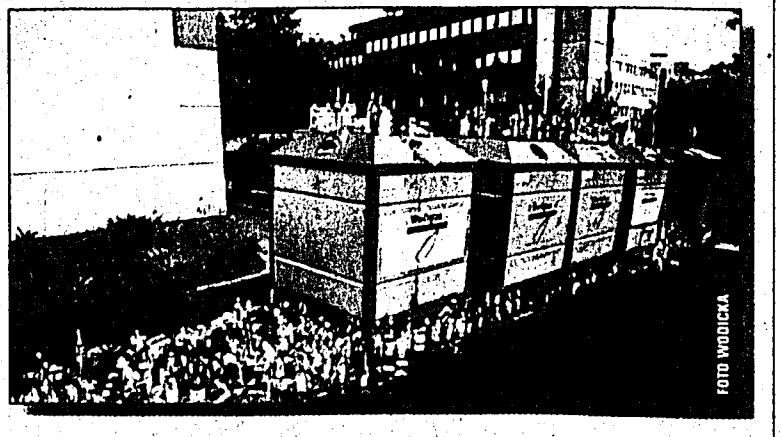


FOTO WOODICA